

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kollektive Zeitung des Bezirkes

**Bezugspreis:** Vierteljährlich Mark ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Büro Nr. 2. — Postfach-Nr. 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschafts, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde.

**Anzeigenpreise:** Sechshebende Korrespondenz, 1/2 Pfg. außerhalb der Amtshauptmannschaft, 1/2 Pfg. im amtlichen Teil (aus von Gebühren) beim 1/2 Pfg. — Eingekauft mit Reklamen 1/2 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 275

Donnerstag den 25. November 1920

86. Jahrgang

Am 25. Stelle des infolge Verletzung aus der Bezirksversammlung ausgeschiedenen Fritz Ederl-Neufeld ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen

Gemeindevorstand Bruno Klotz-Baltenhain als Ersatzmann in die Bezirksversammlung berufen worden. Dippoldiswalde, am 23. November 1920. Die Amtshauptmannschaft.

## Derliches und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Der Sanitätshüterverband in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde hielt am Dienstag nachmittag in der Reichstrasse hier eine Versammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs von Verbandsangehörigen aus allen Teilen des Bezirkes erfreuen konnte. Nach Verlesen der Niederschrift der letzten Versammlung in Reichstädt wurde Sachhüterbesitzer Kofcher in Bartenhain als neues Mitglied aufgenommen und dann der Tagesplan auf 1921 beraten. Man einigte sich dahin, ihn in bisheriger Weise auf ein weiteres Jahr bestehen zu lassen. Ein Gesuch um Ermäßigung der Vermögenssteuer ist von der Amtshauptmannschaft abschlägig beschieden worden. Weiter wurden vom Vorsitzenden Vorarbeiten des Hauptverbandes über die Ueberwachungsausweise vorgetragen, von einer Versammlung in Dresden berichtet und noch verschiedene berufliche Fragen erledigt. Als nächster Versammlungsort (Hauptversammlung) bestimmte man das Steinbrunn-Restaurant in Dippoldiswalde bei Kollegen Schwind.

Ein Zusammenstoß zwischen Eisenbahnzug und Fuhrwerk hätte sich beinahe am Dienstagabend 6 Uhr bei Ankunft des aus Richtung Hainsberg einrückenden Personenzuges an dem Uebergange der Reichstädter Straße zugegetragen. Der Aufsitzer eines von Reichstädt kommenden Geschlusses einer hiesigen Mühle hatte vor dem Geräusch des fahrenden Wagens das Signal des nahenden Zuges nicht gehört. Im letzten Momente gelang es ihm noch, wohl auch von Passanten auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die Pferde herumzureißen und so das Unheil zu verhüten. Es ist nicht das erste Mal, daß an dem vollkommen unübersichtlichen Uebergange solche Gefahr entsteht. Das einzige und beste Mittel, solche abzuwenden, ist eine Schranke. Der hiesige Gewerbeverein hat in früheren Jahren schon dementsprechend bei der Generaldirektion petitioniert, sein Gesuch wurde aber abgelehnt, weil Schranken an Kleinbahnen prinzipiell nicht erlaubt werden. Es muß eben erst schweres Unglück entstehen, bis einmal Abhilfe geschaffen wird, das „Prinzip“ muß oberster Grundgesetz bleiben. Wir wollen dem Prinzip gern zustimmen, wo besondere Kosten durch Schrankenwärter usw. entstehen, aber an dieser Stelle sind wir gegenwärtiger Meinung. Eine Schranke ließe sich hier vom Bahnhofs aus bedienen, würde also Kosten (bis auf die für die Schranke selbst) nicht verursachen. Soffentlich wird sie doch noch bald errichtet.

Der Beginn der Weihnachtsfeierlichkeiten steht in naher Aussicht, denn die neue Woche gehört schon der Adventszeit. Die Vorbereitungen für die Weihnachts-Ausstellungen sind bald beendet, die Augen von Groß und Klein werden sich dann an allen und neuen Herrlichkeiten ergötzen können, die Recht Anspruch auf Beachtung hat. Aber das Publikum kann nur laufen, wenn es darauf aufmerksam gemacht wird, was es alles gibt. Die Wissenschaft davon ist heute, wo so vielen Dingen von allen großen und kleinen Tagesaufgaben der Kopf voll ist, nicht selbstverständlich. Im Hinblick auf die Weihnachtsausstellung soll also auch das Weihnachtsfeierliche vorbereitet werden, das auf ihre Reichhaltigkeit hinweist.

**Glashütte.** Am Sonnabend verunglückte am hiesigen Randen der Glashütter Prägfabrik, G. m. b. H., ein aus Oberstrundenhof stammender Zimmermann, indem er von dem Gerüst in die Tiefe stürzte. Der Bauernarbeitsrat hat außer Besichtigungen sich auch einen Schließel-Beitrag zugezogen.

**Glashütte.** Am Freitag fand in der hiesigen Schulaula eine Besprechung der Schulvorstände von Glashütte, Cammerdorf, Mitteldorf, Jahnbad und Buchau statt wegen Gründung eines Fortbildungsausschusses. Die Besprechung verlief ergebnislos.

**Pölsendorf.** Einen feierlichen Verlauf nahm die Totengedenkfeier am vergangenen Sonntag in unserem bis auf den letzten Platz gefüllten Gotteshaus. Herr Pastor Borwert hielt die tiefergreifende Predigt und der Kirchenchor sang unter Leitung des Herrn Kantor Mübbers die Stimmliche Motette: „Fürchte dich nicht.“ Nach der Predigt spielten die Herren Kantor Mübbers (Violoncelle) und Kantor Schöffel (Violine) überaus schön und herzgewarm das Largo von Handel, von Oberlehrer Kantor Helm auf der Orgel begleitet. Im unmittelbaren Anschluß an den Hauptgottesdienst fand die Weihe des vor dem Gotteshaus errichteten Friedhofes statt, zu der sich die ganze Kirchengemeinde, die

Angehörigen der Gefallenen und mehrere Vereine zahlreich eingefunden hatten. Herr Pastor Radler hielt die alle Herzen packende Weihepredigt und Herr Pastor Borwert sprach hierauf das Weihegebet. Weihepredigt und Gebet wurden in würdevoller Weise umrahmt von zwei Gesängen, „Das treue deutsche Herz“ und „Wie könnt ich dein vergessen“, die der Vereinigte Männergesangsverein „Arion“ recht wirkungsvoll zum Vortrag brachte. Nun erfolgte die Kranznieberlegung am Denkmal seitens der Vereine und Angehörigen der Gefallenen. Mit einem allgemeinen Gesange wurde der einen tiefen Eindruck hinterlassende Weiheakt beendet. Abends 5 Uhr schloß sich der Totengedenkfeier eine große Kommunion an, welche die Leidtragenden zum gemeinsamen Gedenten an ihre Lieben vereinigete. Unsere helden Friedhöfe gelieten das am Totensonntag übliche belebte Bild. Mit Blumen und Kranzen waren die Trauernden aus allen Ortschaften der Pfarodie gekommen, um die Gräber ihrer Lieben zu schmücken und ihrer in stiller Wehmut zu gedenken.

**Dresden.** Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, wird die sächsische Regierung demnächst eine Verordnung herausgeben, wonach die Beamten bei Dienstreisen nicht mehr Anspruch auf Freikarten 1. und 2. Klasse haben, sondern aus Sparmaßregeln nur noch 2. und 3. Klasse fahren dürfen. Allein die Minister und die höchsten Beamten sollen noch die 1. Klasse vergütet erhalten.

**Dohna.** Die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Landsturm-Bataillons Nr. 12/15 hatte sich am Totensonntag zu einer stillen Feier eingefunden. Dr. med. Feder begrüßte im Namen der Dohnaer Kameraden die zahlreich Erschienenen aufs herzlichste, dabei betonend, daß die Feier das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Kameraden erweitern solle, und daß man einige Stunden stillen Gedankens denen widmen wolle, die drapen ruhen in kalter Erde, und die die Heimat nicht wiedersehen sollten. Trotz Revolution sollten sich die alten Kameraden den Wahnpruch des Bataillons bewahren: „In Treue fest!“ Vorsitzender Ingenieur Franz Heidenau erwiderte im Namen der Vereinigung allen herzlichsten Willkommensgruß. Es gelte, derer zu gedenken, die 1914 mit ausgerüstet seien mit dem Wahnpruch „Mit Gott für König und Vaterland!“, und die nun in fremder Erde ruhen. Mit Rat und Tat sollen deren Angehörige oder sonst in Not geratene Kameraden unterstützt werden. Begrüßungsgramme bez. Endschuldigungs schreiben waren eingegangen. Kamerad Fischer hielt einen interessanten Vortrag über die Geschichte des Landsturm-Bataillons Nr. 12/15 1914—1918. In ausführlicher Weise schilderte er die Vorkämpfe, Kämpfe und Gefechte des Bataillons. In jeder Lage habe sich die alte Soldatentreue der Landstürmer bewährt. Nur sei der stolze Traum, am Kriegsende mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel in die Heimat einzuziehen, nicht in Erfüllung gegangen. Der Chorgesang verein zu Dohna unter Leitung des Kantors Franke verleihe den Abend durch Vortrag von Chorliedern. Hr. Kuntz und Lehrer Müller boten Vorträge für Violine und Piano. Das Melodrama „Das Helmschiff“, gebichtet von Lehrer Rejcher und in Musik gesetzt von Organist Weyhmann, wurde vom Dichter und Komponisten in geschickvoller Weise vorgetragen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen denen, die zur Verschönerung des Abends beigetragen hatten, und auch den Dohnaer Kameraden für die gute Vorbereitung der Feier. Ein gefälliges Beisammensein bildete den Schluß des gutverlaufenen Abends.

**Leipzig.** Vor vier Jahren hat die Handelskammer Leipzig berechnet, daß über 500 000 Angestellte und Arbeiter mittelbar mit ihrem Einkommen und Verdienst von der Leipziger Wurmmeße abhängig waren. Der damaligen Berechnung waren 3500 Kaufleute zugrunde gelegt; heute ist diese Zahl auf rund 15 000 gestiegen, und damit haben sich die oben genannten Zahlen etwa verdreifacht. Es ist also ein Heer von etwa 2 Millionen Arbeitern und Angestellten, das von den Leipziger Wurmmeßen immer von neuem Brot und Lohn erwartet. Jede Erhöhung des Reichszuschusses für die Leipziger Wurmmeße ist daher als angelegentliches Erwerbslosenproblem zu betrachten.

Als Mörder des am 18. Oktober v. J. erschossenen, aus der Schweiz stammenden Kaufmanns Theodor Egger sind jetzt der 27 Jahre alte Arbeiter Otto Sack und der zurzeit wegen Diebstahls eine längere Gefängnisstrafe verbüßende 29 Jahre alte Arbeiter Paul Vogel ermittelt worden. Beide hatten Egger aufgelauert, ihn nach der Heiligen Brücke

gelockt, wo ihn Vogel durch einen Schuß in den Kopf tödlich verwundete. Sie ihr Opfer, erbenieten 400 M., eine Uhr und zwei Brillenringe. Die Täter sind geflüchtet. — Weiter konnte von der Kriminalpolizei ein zweites Kapitalverbrechen aufgedeckt werden, das fast zwei Jahre zurückliegt. Am Abend des 30. Januar 1919 wurde der Geschäftsführer Alois Hinkel in seinem Kontor von zwei Burischen Arbeitern und unter Todesdrohungen um mehrere hundert Mark beraubt. Dann erhielt er einen Schuß in den Unterleib. Als Täter sind jetzt der obgenannte Otto Sack und sein Bruder Alfred Sack ermittelt worden. Beide sind geflüchtet.

**Selenau.** Hier wurde die Fabrikarbeiterin M., als sie sich auf dem Wege zur Fabrik befand, in der Nähe der Bahngrube offenbar aus Eifersucht überfallen und durch Weibliche am Kopfe schwer verletzt. Der Unbekannte wurde durch die Gendarmerie verhaftet.

**Baun.** Ein Raubmord wurde in Buchwalde bei Wittichenau an dem Bauer Johann Komotnik verübt. Sein Haus ging in Flammen auf, man fand keine Leiche mit schweren Verletzungen am Kopfe unter den Trümmern. Komotnik hatte seinen Besitz verkauft und das Geld zu Hause aufbewahrt, was die Täter gewußt haben mußten. Bei seiner Tochter in Groß-Särchen haben die Eindringlinge vor einigen Wochen 40 000 Mark geraubt. Vermutlich sind sie nachts in das Geschäft eingedrungen, haben Komotnik nach kurzem Kampfe erschlagen, das Geld geraubt und, um die Tat zu verwickeln, das Anwesen in Mitleid gelegt. Die Untersuchung ist im Gange, von den Tätern fehlt noch jede Spur.

**Glauchau.** Der Haus- und Grundbesitzerverein hat beschlossen, die 200prozentige Erhöhung der städtischen Grundsteuer (es werden jetzt pro Einheit 88 Pf. erhoben) anteilig auf die Mieten umzulegen.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten teilte Stadtrat Dr. Schimmel mit, daß ein angeblicher Fehlbetrag von 1 800 000 M. vorhanden sei, der sich auf etwa drei Millionen Mark erhöhen würde, wenn der Stadt der Kollisionsanteil von 950 000 Mark zuzurechnen wird. Es sei mit einem Zusammenbruch der städtischen Finanzen zu rechnen, wenn nicht ergiebige Steuerquellen erschlossen werden.

**Meerane.** In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach der durch den Tod des Stadtrats Dr. jur. Schöner erledigte Posten des 1. juristischen Stadtrats durch einen Kandidaten zu besetzen ist, um einen dergleichen unbeforderten sozialdemokratischen Stadtrat in das Amt wählen zu können.

**Oschatz i. S.** Ein verhängnisvoller Irrtum führte am Freitag früh auf dem Wege nach Eichigt zu einem bedauerlichen Unglück. Der Fabrikant Kraus aus Oschatz, der sich in früherer Morgenstunde auf dem Wege nach Eichigt befand, glaubte sich von einem ihm entgegenkommenden Bedröbt und ließ diesen, einen Herrn Popp aus Eichigt, wiederholt anrufen zu bleiben. Der Angerufene ging trotzdem weiter und so zog Kraus eine Pistole aus der Tasche und schoß auf den vermeintlichen Gegner. Die Kugel traf den durchaus harmlosen Menschen in die Brust und schwerverletzt wurde der Mann in das hiesige Krankenhaus geschafft.

**Reichenbach i. S.** Unsere Stadt muß zu der Staatsbeihilfe in Höhe von 125 000 M. aus eigenen Mitteln noch 325 000 M. für ihre höheren Schulen aufstecken und leistet für jeden fremden Schüler einen Aufwand von 985 Mark jährlich.

**Pleauen i. S.** Die Zahl der Eigentumsvergehen nimmt in erschreckender Weise zuzunehmen. Überall wird gestohlen. Am Sonnabend wurde sogar einem Rangleitervorstand aus einem Vorgimmer des hiesigen Amtsgerichts ein schwarzer Leberjäger, zweifelhafte, eine schwarzleberne Manteljacke, ein Paar braune Lederhandschuhe und ein weißer Kragenschoner im Gesamtwerte von etwa 1000 M. entwendet. Es sei übrigens zur Verhütung dergleicher Diebstähle darauf verwiesen, daß in den Gerichtsgebäuden angehängen ist, daß infolge der herrschenden Unsicherheit das Mitnehmen der Garderobe in die Amtszimmer nicht nur gestattet ist, sondern sogar empfohlen wird.

## Kirchen-Nachrichten.

Donnerstag, den 25. November 1920.  
Hörsdorf. Vormittags 10 Uhr Hochkommunion.



# Die Millionenverschiebungen.

— Berlin, 22. November.

## Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstage.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die Vorlage über Oberschlesien einem Ausschuss überwiesen. Als nächster Gegenstand steht auf der Tagesordnung eine sozialdemokratische Interpellation, die von der Regierung Auskunft verlangt darüber, ob mit Hilfe des Bankhauses Gruffer Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben und daß dabei Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, auch des Hauses Hohenzollern, beteiligt sind.

Der ehemalige Reichskanzler Abg. Müller-Franken (Soz.) begründet die Interpellation. Er weist auf die trostlose Lage unserer Finanzen hin und geht dann näher auf den Fall Gruffer ein. Der Personenkreis erstreckt sich über Berlin hinaus auch nach Hamburg und Hannover. Eine ganze Reihe von Angehörigen des Hochadels ist dabei beteiligt. U. a. werden genannt der Graf Peter Radolin, die Gräfin Wanda von Blücher-Wahlstatt sowie ein Fürst von Schönbrunn. Nach Presseäußerungen sollen auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu den Kunden Gruffers gehören. Die Kronprinzessin Cecilie soll beim Bankier Gruffer ein- und ausgegangen sein. Nicht beteiligt ist der Prinz Leopold von Preußen Vater. Wegen ihm bestehen aber schon Erhebungen des preussischen Ministeriums, weil er Silber und Effekten in großen Massen nach der Schweiz verschoben haben soll. (Ruf des Abg. Gräse: Der rote Prinz!) Uns ist nicht bekannt, daß der Prinz jemals einen Annäherungsvertrag an die sozialdemokratische Partei Deutschlands gemacht hat. Wir verlangen, daß nicht nur schlenauig, sondern auch rücksichtslos eingegriffen wird. Der früheren Regierung ist kein Fall der Verschlebung bekannt geworden.

Finanzminister Dr. Wirth: Sofort nach Bekanntwerden der Kapitalverschiebungen hat die Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Finanzministeriums sämtliche Geschäftsbücher der Berliner Filiale des Bankhauses Gruffer sowie die Guthaben bei inländischen Banken beschlagnahmt. Ueber die zahlreichen beteiligten Personen können zurzeit bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Wichtig ist, daß unter den Inhabern von Konten auch die Namen adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch einiger Mitglieder des Hauses Hohenzollern festgesetzt sind. (Beifalles: Hör! Hör!) Inwiefern sie sich strafbar gemacht haben, wird der Ausgang des Verfahrens ergeben. In das Ermittlungsverfahren einzugreifen, muß ich ablehnen. Die Finanzämter, die nach dem Steuerlichgesetz zur Beschlagnahme eines erheblichen Vermögenswertes ermächtigt sind, wenn ein Steuerpflichtiger in dem Verdachte steht, dem Fiskus Vermögenswerte zu entziehen, haben die Vollstreckung der Maßnahmen gemeißelt. Die Zahl der Beschuldigten ist weit größer als 100. Der Name eines bekannten Generals ist in den Akten des Bankhauses Gruffer nicht gefunden worden.

Hierauf wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. Abg. Tübingen (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die amtlichen Maßnahmen der Regierung durchaus billigt. Soweit Schuldige überführt werden, verlange er ihre energische Bestrafung. Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die Frau Kronprinzessin in dem Bankhause ein- und ausgegangen sei und in der Familie verkehrt habe, ist der reine Schwindel. Die einzige Tatsache scheint das Konto zu sein. Es handelt sich hier um eine systematische Diebe gegen die Hohenzollern.

Abg. Burjage (Str.): Die Regierung hat eine klare Antwort gegeben; wie wir sie erwartet haben. Es muß festgestellt werden, daß bereits seit zwei Jahren die Presseäußerungen der äußersten Rechten dazu angehen gewesen sind, unsere Steuermoral zu vergiften. (Sehr richtig!) Angebl. wird der Mittelstand bei der Besteuerung aufgeopfert. Dabei schont gerade das Reichsnotopfer den Mittelstand in weitgehender Weise.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Ich habe zu erklären, daß meine Partei nichts davon weiß, noch weniger davon weiß, wie es ist. Die Majestät des kaiserlichen Reiches ist höher als jede andere Majestät. Wir beklagen es, daß seitens der Parlamente immer wieder ein Eingreifen in schwebende Strafsachen versucht wird. Die Kulturstaaten des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch verdunkelt werden, daß etwa ein Nachgeborener, den Sie (zur Finlen) gewaltsam seiner Rechte beraubt haben, etwas getan hat, was abgelehnt werden muß. Die Interpellation ist nur ein politisches Agitationsmittel.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich bin Herr nationaler Momente begibt hat. Aber wenn man sich die Liste durchliest, wird man mit Schamröte erfüllt, daß derartige Kreise unseres Vaterlandes sich solcher Geschäftssteuern bedienen. (Große Anruhe rechts.) Nach einem Angriff des Rechtsunabhängigen Buchta lehnt auch der Demokrat Dietrich-Waden jeden Eingriff in das schwebende Verfahren ab.

Es folgt dann eine längere Auseinandersetzung zwischen Scheidemann (Soz.) und Graf Westarp (Dnat.), wobei der letztere den Mehrheitssozialisten vorwirft, daß sie mit ihrer Interpellation lediglich parteipolitisch-agitatorischen Zweck verfolgen.

Die Sitzung verliert sich schließlich in einen größeren Tumult. Auf Graf Westarp, der die Linke zu größtem Vorne aufgeschaltet hat, antwortet der Rechtsunabhängige Dr. Breitscheid, bei dessen Worten der Vorne und Rabau immer größer wird. Schließlich wird die Besprechung geschlossen und das Haus vertagt sich auf Dienstag.

## Revolution in Irland.

Der Dubliner Hafen in Flammen.

Den letzten Nachrichten aus Dublin zufolge dauert der Kampf in den Straßen der Stadt an. Nach einem Privattelegramm des „Daily Herald“ sind die Docks und die Kohlenlager in Brand gesetzt. Ein großes Schiff steht ebenfalls in Flammen. In der Hospitälern gibt es Hunderte von Verletzten. Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Zahl der Toten endgültig festzustellen.

Die Stadt Dublin ist ruhig. Der Zug- und Kraftwagenverkehr ist eingestellt. Keine Zeitung ist erschienen. Auch die englischen Blätter sind nicht eingetroffen. Die Offiziere stecken aus den Hotels in die Kasernen über.

## Irlandsmulle im Unterhand.

Freemanns Journal teilt mit, daß Dublin seit Sonntag abend von Militär umzingelt ist. Zwei Männer sind erschossen worden. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Militärautos durchkreuzen die Straßen, es wird unaufhörlich geschossen. Im Unterhand führte der Massenmord der englischen Offiziere in Dublin am Montag zu einer heftigen Szene. Es kam zu Handgreiflichkeiten und das Haus mußte auf kurze Zeit verlagert werden. Floyd George teilte auf Anfrage mit, daß die Regierung vom Parlament weitere ausgedehnte Ausnahmevollmachten verlangen würde, um die Mordebande aus dem Wege zu räumen. Darauf ergriff Devlin das Wort. Ein Konservativer fiel ihm aber ins Wort und versuchte, ihn zu sich herüberzuziehen. Es entspann sich darauf ein Handgemenge, das schließlich zu der Vertagung des Hauses führte.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. November 1920.

— Papst Benedikt XV. hat erneut eine erhebliche Winterspende für die deutschen Kinder durch den Berliner Runtius angefordert.

— Eine Konferenz der sächsischen Ernährungsminister in Karlsruhe gab in einer Entschließung der Ansicht Ausdruck, daß an der Zwangswirtschaft für Milch bis auf weiteres festgehalten werden müsse.

— Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar. Von zuständiger Seite in Oppeln wird der „Breslauer Morgenzeitung“ bestätigt, daß die Abstimmung in Oberschlesien Montag, den 17. Januar 1921, stattfinden wird. Die deutschen und polnischen Angehörigen der interalliierten Kommission haben ihre Kländigung zum 1. Februar 1921 erhalten. — Das Wolffsche Telegraphenbüro teilt zu der Meldung der Breslauer „Montagszeitung“ mit, daß der Abstimmungstermin für Oberschlesien erst im Laufe dieser Woche festgesetzt werden wird.

— Wegen einer Störung der Vieh- und Fleischversorgung. Die vor einigen Tagen im Reichs Ernährungsministerium versammelten Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften faßten eine Entschließung, in der sie erklären, daß jedes mittelbare oder unmittelbare Ausfuhrverbot einer Provinz oder eines Landes eine unerträgliche Störung der Vieh- und Fleischversorgung mit sich bringt. In gleicher Weise geschähen die Viehverschlebung nach dem Auslande die Fleischversorgung des deutschen Volkes auf das Schwerste. Die Körperschaften ersuchen daher die Reichsregierung, allen Ausfuhrverboten entgegenzutreten und nichts unversucht zu lassen, um die Verschlebung von Vieh nach dem Auslande zu unterbinden.

— Das Wahlrecht im Reich und in Preußen. Zum Reichstage ist bekanntlich nach einem „vorläufigen“ Wahlrecht gewählt worden, und auch die Preußenwahlen finden nach einem „vorläufigen“ Wahlrecht statt. Es sind nun Bestrebungen im Gange, für das Reich und für Preußen das gleiche Wahlsystem und womöglich auch die gleichen Wahlkreise festzulegen. Die Vorteile dieser Ordnung der Dinge liegen auf der Hand. Strittig ist besonders die Frage, ob man große oder kleine Wahlkreise schaffen soll. Hier gehen die Meinungen noch weit auseinander. Die der „Deutsche Schnellbrief“ aus parlamentarischen Kreisen hört, soll unmittelbar nach den Preußenwahlen ein gemeinsamer Ausschuss des Reichstages und der preussischen Landesversammlung gebildet werden, der diese Wahlkreisfragen behandeln und eine Verabredung anbahnen soll.

— Ein Volksentscheid gegen die Fernspreckvertierung? Der Wirtschaftsverband der Ärzte Deutschlands hat eine Aktion in die Wege geleitet, um durch sämtliche ärztlichen und kassenärztlichen Vereine Unterschriftenmaterial zu einer Protestkundgebung gegen die weitere Vertierung der Fernspreckgebühren zu sammeln. Es soll auf diese Weise der durch die Reichsverfassung gewährte Volksentscheid gegen die Vertierung herbeigeführt werden. Hierzu ist, wie die Interessengemeinschaft der Fernspreckteilnehmer in Bremen mitteilt, die Unterschrift von mindestens 30 000 Teilnehmern erforderlich. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, ist die Meldung eines Berliner Blattes, daß eine Verdoppelung der Fernspreckgebühren wahrscheinlich sei, in dieser Form unzutreffend. Wichtig ist lediglich, daß an den zuständigen Stellen an einer grundsätzlichen Neuordnung des Gebührensystems gearbeitet wird, bei dem Leistung und Gegenleistung gerechter ausgeglichen werden als bisher, und zwar in dem Sinne, daß die Gebühr nach der tatsächlichen Beanspruchung des Fernspreckers gestaffelt wird.

— Röhre als Brennholz! Den Binnenwasserstraßen kommt ständig höhere Bedeutung zu. Es muß alles geschehen, um die Binnenwasserstraßen zu fördern. Durch Abgabe von Binnenwasserstraßen an die Entente ist der deutsche Binnenwasserstraßenraum ohnehin erheblich vermindert worden. Nun liegen auf dem deutschen Binnenwasserstraßen, besonders im Gebiet der märkischen Wasserstraßen, sehr viele reparaturbedürftige Binnenwasserstraßen. Sie gehören meist Kriegsteilnehmern, die ihre Fahrzeuge während des Krieges nicht unterhalten konnten und legt die hohen Reparaturkosten für die verkehrlosen Röhre nicht aufbringen können. Sie würden schließlich gendigt sein, die Röhre als Brennholz zu verschlagen. Allein im Gebiet der uneren Havel sind etwa 150 Röhre ausgeschlachtet worden. Das ist ein Verlust von rund 35 000 Tonnen Transportraum. Die fest Verkommenlassen wichtiger Transportmittel muß verhindert werden. Das Reich und Preußen wollen daher gemeinsam bis zu zwei Drittel der Reparaturkosten den Eigentümern zur Instandsetzung ihrer Fahrzeuge zur Verfügung stellen.

— Der Kronprinz und der Fall Gruffer. In Vertätigung der Ausführung des deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp im Reichstag erzählt der Amsterdamer Vertreter des B. L. B. von einer den vormaligen Kronprinzen nahestehenden Seite, daß von der der vormalige Kronprinz noch sein Begleiter, Major von Waldner, sich niemals betruht oder unbetrugt an einer Kapitalverschiebung aus Deutschland nach dem Auslande beteiligt haben. Die Beziehungen des früheren Kronprinzen zu Herrn Gruffer rühren daher, daß dieser sich dem Kronprinzen nach dessen Uebertritt auf holländisches Gebiet als einer der ersten zur Verfügung stellte und ihm aus seiner bedrängten finanziellen Lage dadurch half, daß er ihm 5000 Gulden vorstreckte, um damit über die erste Zeit hinwegzukommen. Seitdem bestreitet der Kronprinz seinen Lebensunterhalt aus Mitteln, die er vom vormaligen Kaiser bezieht. — Im Reichstage kam es am Montag gegen Schluß der Sitzung noch zu großen Tumulten, die ihren Höhepunkt erreichten, als der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller den Exkaiser einen vorbrecherischen Narren nennt und Kaiser Wilhelm I. an „alten Samaschenkopf“ anspricht. Diese Ausfährungen riefen heftige Proteste und erregte Psuiruf auf der Rechten hervor.

## Rundschau im Auslande.

— An Stelle des zurückgetretenen Lord Chelmsford ist ein Nachkomme des berühmten englischen Feldherrn gleichen Namens, ein Lord Wellington, zum Bizekönig von Indien ernannt worden.

— Der Berliner italienische Botschafter de Martino ist zum Botschafter in London ernannt worden. An seine Stelle wird der Senator Grassati, der Herausgeber des dem Ministerpräsidenten Stottiti nahestehenden Blattes „Stampa“ treten.

— Der Prinzregent von Serbien hat am 21. November den sächsisch-italienischen Vertrag von Rapallo ratifiziert.

— Die Attentate in Barcelona (Spanien) dauern an. Der frühere Bürgermeister von Taraja, ein Fabrikbesitzer, ist in Barcelona erschossen worden.

— Die griechische Volksabstimmung über die Rückkehr Konstantins wurde verschoben. Die Kammer ist auf den 28. November zwecks Abstimmung über den Vertrag von Sevres einberufen.

— Der Gemeinderat von Paris hat beschlossen, zu Ehren Benzelos einer Straße den Namen „Benzelosstraße“ zu geben.

— Der Verteidiger von Kut-el-Amara, General Townshend, wurde bei der Erjagwahl als Kandidat der Koalition mit 14 565 Stimmen gegen 10 800 Stimmen, die auf den Kandidaten der Arbeiterpartei entfielen, in das Unterhaus gewählt.

## Polen: Die Verhandlungen in Riga abgebrochen.

— In Riga ist es zu einem offenen Konflikt gekommen. Der Vorsitzende der bolschewistischen „Friedensdelegation“, Joffe, hat dem polnischen Vertreter Dombaki eine Note angelegt, in der er erklärt, daß das von beiden Präsidenten der Friedenskonferenz am 14. November unterzeichnete Protokoll kein Rückverständnis zulasse bezüglich der Zurückziehung der polnischen Truppen zur polnischen Staatsgrenze. Der Chef der polnischen Abteilung der russisch-polnischen Militärkommission in Wlinsk, Oberst Ribac, habe indessen nunmehr vorgeschlagen, einen neuen Plan für die Zurückziehung der polnischen Truppen und für die Errichtung einer 30 Meilen breiten Zone zwischen den polnischen und ukrainischen Truppen auszuarbeiten. Ferner habe er die Auflösung der Kommission verlangt. Joffe erklärt, daß Ribac nur die Absicht verfolgt, eine Vereinigung der Heere Petljuras und Malachowitsch zu ermöglichen. Ein solches Aufstreben ist gleichbedeutend mit einer Weigerung, die im Protokoll vom 14. November übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die weiteren russisch-polnischen Verhandlungen würden daher so lange unterbrochen werden, bis Polen seine Truppen zurückgezogen habe.

## Schießerei in einem italienischen Gemeinderat.

— In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates in Bologna kam es zu Schießereien zwischen Sozialisten und ihren Gegnern. Sieben Personen wurden getötet und etwa dreißig verletzt. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Am Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

## Der ohnmächtige Völkerbund.

Verhandlungen mit den türkischen Nationalisten?

Nachdem vierzehn Tage lang die Völkerbundsdelegationen in Genf verhandelt, ohne daß sie zu einem bemerkenswerten, für das Verständnis der Völkerbundsentschlüsse, gekommen wären. Weder in der Währungsfrage, noch in der Frage der Einrichtung einer für alle Staaten maßgebenden Schiedsgerichtsorganisation ist eine Entscheidung gefallen. Statt dessen besaß man sich mehr oder minder verdeckt mit dem Problem der Zulassung der besiegten Länder, ohne daß die deutsche Regierung um Aufnahme in diesen Völkerbund gebeten hätte. Man diskutiert tagelang über die Bedingungen, von denen die Zulassung abhängig gemacht werden müsse, und vergißt bei aller Zukunftsmisslichkeit darüber die eigentlichen Aufgaben des Völkerbundsorganisation.

Im Osten gärt es an allen Ecken. In Riga sind die russisch-polnischen Friedensverhandlungen von den Russen plötzlich abgebrochen worden, angeblich weil Polen die bolschewistischen Generale Balachowitsch in Weiskrusland und Petljura in der Ukraine auch weiterhin unterstützt. In Litauen herrscht der polnische Schilling und „Decealer Wilnas“ General Jeltgowski allem Widerspruch der Völkerbundsmission zum Lohn nach wie vor mit brutaler Mittelmacht. In Südrußland kommt es zu einem häufigen Zusammenbruch der Wrangelarmee, in Armenten herrschen die türkischen Nationalisten Kemal Paschas, in einem Lande, das angeblich im Namen des Völkerbunds verwaltet werden soll.

In allen diesen Angelegenheiten hat der Völkerbund versagt. In einer seiner letzten Sitzungen versuchte er zwar, wenigstens in der armenischen Frage eine Lösung zu finden. Doch alle Bemühungen waren vergeblich. Bei der Berechnung der



dem armenischen Volk zu gewährenden Hilfe kamen sämtliche Redner überein, daß der Völkerbund über keinerlei Machtmittel verfüge. Bisher hat sich niemand gefunden, der das Mandat im Völkerbund für Armenien übernehmen will. Man entschied sich schließlich dahin, Verhandlungen mit dem Führer der türkischen Nationalisten Kemal Pascha einzuleiten, um den Feindseligkeiten in Armenien ein Ende zu machen. Eine Entente-Personlichkeit bezeichnete lachend diese Sitzung als ein Zeichenbedingnis erster Klasse des Völkerbundes.

**Spezanto als Verhandlungssprache im Völkerbund.**  
Das Ersuchen der spanischen Delegation, die spanische Sprache amtlich auch zur Völkerbundsversammlung zuzulassen, hat die japanische Delegation veranlaßt, ein Ersuchen einzureichen, daß Esperanto zur amtlichen Sprache bei der Völkerbundsversammlung erklärt wird.

**Mehrheit für Deutschland in Genf.**  
Der Genfer Korrespondent des Echo-Telegraphen erklärt, er habe eine Umfrage bei den Bevollmächtigten beim Völkerbund veranstaltet und festgestellt, daß 24 Staaten unter 30 Staaten der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund günstig gesinnt seien. Der Völkerbund könne nur nützliche Arbeit leisten, wenn alle Staaten ohne Ausnahme an seinen Beratungen teilnehmen.

## Das Eisenbahnunglück bei Marienburg.

**11 Tote, 35 Schwerverwundete.**  
Nach den bisherigen Feststellungen sind der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe auf dem Bahnhof Braunsvalde bei Marienburg 11 Tote zum Opfer gefallen, während 35 Schwerverwundete geborgen wurden. Die Katastrophe ist dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge dadurch verursacht worden, daß ein Güterzug verfehlt aus Marienburg abgelassen wurde, dem ein Schalterzug aus Stuhm entgegenkam. Während der Güterzug zum Stehen gebracht werden konnte, fuhr der Personenzug auf der eingleisigen Strecke, die an der Unfallstelle eine Biegung macht, so daß sie vom Lokomotivführer nicht übersehen werden kann, ungeachtet in denselben hinein.

Der Augenblick nach der Katastrophe war furchtbar. Aus dem ersten Wagen dritter Klasse, der ausschließlich mit Schülern vollbesetzt war, ertönten marktschreierische Schreie. Bisher sind 11 erschlagene verblutete Leichen, deren ganze Körperstelle fehlen, herausgeschafft. Sämtliche Werkzeuge aus Marienburg und Umgegend nebst Sanitätspersonal nehmen sich der Verwundeten und Sterbenden an. Die ersten wurden sofort in Krankenhäusern von Marienburg geschafft. Alles verfügbare Eisenbahnpersonal arbeitet an der Bergung der Leichen und an dem Aufräumungsarbeiten.

Als einziger Unberlegter ist aus dem zertrümmerten ersten Wagen der Sohn des Landrats Luwert wie durch ein Wunder gerettet. Unter den Toten konnten vorläufig ermittelt werden: der Sohn des Kreisierarztes Schmidt aus Stuhm, der Sohn des kürzlich erkrankten Jagemeisters Wittenberg aus Ostrow, ein verheirateter Mann namens Matern aus Kampenau, der Bremser Bielnicki aus Marienburg, ein Wagenmeister aus Gding, dessen Kopf vom Kumpfe getrennt war.

## Neue Bedrohung der deutschen Luftfahrt.

**Die Ententekommission verhindert die Ausfuhr nach Amerika.**

Noch ist unsere Luftschiffahrt durch die Forderung der Ablieferung der beiden Zeppelinluftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ seitens der Entente schwer gefährdet, da droht von derselben Seite schon wieder eine neue Gefahr. Im Hamburger Hafen liegen zurzeit elf neue Junkers-Metallflugzeuge zur Verschickung bereit, die von Amerika bestellt worden sind. Die Interalliierte Luftüberwachungskommission hat nun gegen die Ausfuhr dieser Flugzeuge Einspruch erhoben, so daß ihre Verschickung bis zur Stunde noch nicht erfolgt ist. Darüber hinaus scheint die Entente die Absicht zu haben, die Flugzeuge, sobald sie die Hand darauf gelegt hat, unter sich zu verteilen.

Diese Maßnahme der interalliierten Luftüberwachungskommission ist ein neues Glied in der Kette der Schikanen gegen die deutsche Flugzeugindustrie. Der Einspruch der Entente stützt sich, wie immer, so auch in diesem Falle, auf das im Friedensvertrag vorgesehene Bauverbot von Luftfahrzeugen, wonach und der Bau von Flugzeugen auf eine Frist von sechs

Monaten nach Abschluß des Friedens unterlagt ist. Diese Sperrfrist ist nach Ansicht der deutschen Regierung bereits am 10. Juli d. J. abgelaufen, so daß und rechtlich seit diesem Zeitpunkt keinerlei Beschränkungen im Flugzeugbau auferlegt sind. Im Widerspruch mit diesen unzweideutigen Bestimmungen des Versailles-Friedensvertrages haben die Alliierten eine Verlängerung des Bauverbots verfügt mit der Begründung, daß wir mit der vertragsmäßigen Ablieferung des Kriegsflugmaterials im Rückstande geblieben wären. Die deutsche Regierung hat sofort gegen das Ausführungsverbot Einspruch erhoben. Verhandlungen darüber sind angeblich bereits im Gange.

Dem Zwischenfall ist aber noch eine für unsere Industrie und Volkswirtschaft ungemein wichtige Bedeutung beizumessen. Zweifellos haben die Leistungen der deutschen Flugzeugindustrie den Reich der ausländischen Konkurrenz in höchstem Maße erregt. Die Junkersmetallflugzeuge nämlich haben wegen ihrer besonderen Leistungsfähigkeit in Amerika großen Anklang gefunden, so daß der deutschen Flugzeugindustrie von amerikanischen Firmen umfangreiche Bestellungen überliefen wurden. Wenn das Ausführungsverbot der Entente zu recht bestehen bleiben würde, so wäre die deutsche Flugzeugindustrie, die sich zurzeit vornehmlich mit der Herstellung von Friedensverkehrsflugzeugen befaßt, mit einem Schläge lahmgelegt. Die Flugzeugindustrie der Entente könnte aber ihren billigeren Erzeugnissen, dies umso mehr, als in infolge der Beschlagnahme der deutschen Flugzeuge ohne weiteres in der Lage ist, die fertigen Produkte nachzumachen und mit allen Neuerungen und Verbesserungen der deutschen Technik mühelos nachzumachen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Raub der Zeppelinluftschiffe. Die beiden von der Entente beschlagnahmten Verkehrsluftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ erscheinen, wie der bekannte Mitarbeiter des „Schwäbischen Merkur“ gegenüber ausführte, besonders begehrenswert, weil sie die höchste Vollendung des deutschen Luftschiffbaues verkörpern.

Der noch immer und noch auf lange Zeit hinaus rückständigen ausländischen Luftschiffbaukunst soll damit auf die Beine geholfen werden, weil die Eroberung des Weltmarktes in Frage steht.

Noch von größerer Bedeutung als die Wegnahme der beiden Verkehrsluftschiffe hält Dr. Edder die zweite Forderung der Entente, wonach für weitere zerstörte Marineluftschiffe eine Entschädigung in bar oder in Ersatzbauten verlangt wird. Diese Forderung gibt den ausländischen Luftschiffbau die Möglichkeit, weiterhin für unabschätzbare Zeit mit den Fortschritten des deutschen Luftschiffbaues in allerengster Fühlung zu bleiben.

Angesichts dieser Gefahr verlangt Dr. Edder von der Reichsregierung den Schutz des heimischen Luftschiffbaues vor der dauernden Ausplünderung seiner Ideen und Konstruktionen. Die Reichsregierung müsse schnell und entschlossen klare Verhältnisse schaffen und die Entente durch eine angemessene Abfindung befriedigen.

## Gerihtssaal.

**Die Wähe für Oberingelheim.** Wegen des Vorfalls in Oberingelheim, wo nach einer Tangmuß ein junges Mädchen aus Frankfurt a. M. durch Schüsse tödlich verletzt worden war, hatten sich vor dem Kriegsgericht der französischen Rheinarmee ein Korporal und vier Soldaten der Besatzungstruppen zu verantworten. Die Verhandlung ergab, wie es in den Gerichten heißt, daß die Schießerei die Folge eines Streites wegen Zulassung der Angeklagten zur Tanzlustbarkeit war; jedoch konnte keiner der Angeklagten überführt werden, die Schüsse abgegeben zu haben. Der Korporal, der die Beerdigung zum Streite gegeben hatte, wurde zu einem Jahr Gefängnis und 300 Franc Geldstrafe verurteilt; die vier anderen Soldaten wurden freigesprochen.

**Wegen großer Kohlenfledungen in ganzen** Wähen an große Industrieunternehmen wurden der frühere Leiter der Betriebsstelle in Bad Schandau der Schiffsabteilung im Reichsverkehrsministerium Erich Kleinke und ein zweiter Beamter der obengenannten Betriebsstelle Radepiel von dem Wuchergesicht Dresden zu je sechs Monaten Gefängnis und zu je 13 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner sind 127 000 Mark Nebengewinn einzuziehen.

## Volkswirtschaftliches.

**Die Zerkürung der Sprengstoffe.** Durch eine Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 12. November d. J. ist die Beschlagnahme von Heeressprengstoffen ausgesprochen worden. Diese Maßnahme ist durch den Artikel 169 des Versailles-Vertrages erforderlich, nach dem die in Deutschland befindlichen, aus militärischen Beständen stammenden Sprengstoffe als Kriegsmaterial zu zerstören sind. Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat sich jedoch damit einverstanden erklärt, daß die im Interesse der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Bergwerksindustrie und der Landwirtschaft dringend benötigten, zurzeit unerlässlichen Sprengstoffe erhalten bleiben, falls sie bis zum 15. Dezember dieses Jahres auf bestimmten, der Kontrolle der Verbandsstaaten unterstehenden Lagern vereinigt werden. Ein Verkauf dieser Sprengstoffe darf lediglich von den Sammelagern aus erfolgen.

## Aus Stadt und Land.

**Der Landarbeiterstreik in Vorpommern** hat an Umfang beträchtlich zugenommen. Im Kreise Greifswald befinden sich 90 Güter im Streik, im Kreise Grimmen 10 Güter, im Kreise Franzburg 60 Güter und vom Kreise Rügen alle. In den beiden letzten Kreisen liegen die Verhältnisse besonders ungünstig zu liegen, weil dort der verstärkte Generalstreik, beschlossene ist und keine Notstandsarbeiten mehr geleistet werden sollen. In Anbetracht der gefährlichen Lage wird auch die Regierung in Stralsund seit einem Schick-

tungsausschuss zusammentreten lassen. Die Technische Nothilfe ist schon mehrfach eingesetzt worden, auch in der näheren Umgebung Stralsunds. Die Meldungen zur Nothilfe laufen zahlreich ein; sie wird überall dort eingesetzt werden, wo die Notstandsarbeiten verweigert werden. Im Kreise Greifswald ist es bereits mehrfach zu Ausschreitungen gegen Arbeitswillige gekommen.

**Höly in Leipzig?** Am Sonnabend früh war der kommunistische Wandersführer Höly aus dem Bogtlande mit dem Fröh-Schnellzug in Hof angekommen. Höly hat aber von Hof aus keine Reise nicht in der Richtung nach München fortgesetzt, wie man annahm, sondern soll von Hof nach Leipzig gefahren sein. Von privater Seite in Leipzig wird berichtet, daß Höly in den Mittagsstunden in Leipzig gesehen worden ist. Die Persönlichkeit, die auf Höly aufmerksam wurde, hat ihn aber bei dem starken Befehle, der gerade während der Mittagsstunden in der inneren Stadt herrschte, wieder aus den Augen verloren.

**Die Millionen des Hochkaplers Kornfeld.** Der Hochkapler Rudolf Kornfeld, der sich in Berlin als Graf Sternfeld ausgab und behauptete, ein Sohn der Kaiserin Elisabeth zu sein, wurde nach seiner Verhaftung in Wien neuerlich verhört und gab seine Identität mit dem Betrüger Rudolf Kornfeld zu, blieb aber bei seinen Behauptungen, daß er mit einem Konkortium in Deutschland viele Einkäufe gemacht habe und daß demselben 65 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Von diesem Gelde sei ein Teilbetrag von circa 20 Millionen Mark sein Eigentum.

**Auf der Suche nach neuen Steuern.** Die Stadtverordneten von Delitzsch genehmigten die vom Magistrat vorgeschlagenen neuen Steuerentwürfe, nämlich eine Jagdwaffensteuer, eine Klaviersteuer und eine Grammophonsteuer, ferner einen 100-prozentigen Zuschlag zur Reichswertzuwachssteuer.

**Zwangsentziehung rebellischer Bauern.** Die durch eine Zwangsentziehung von Getreide durch die Freiburger Sicherheitspolizei hervorgerufenen Unruhen haben, daß sie den deutschen Polizeibeamten „Bive la France“ zuriefen sowie den französischen Brückenkopfkommandanten in Rehl um Hilfe telephonisch anriefen, damit er sie gegen die Zwangsentziehung in Schutz nehme. Die Freiburger Hundertschaft der Sicherheitspolizei besetzte das Dorf, säuberte gewalttätig mehrere Straßen und den Platz vor dem Rathaus und entlegnete unter dem größten Widerstand der Bauern über 550 Doppelzentner Brotgetreide, die nicht abgeliefert worden waren.

**Teilstreit in Oberschlesien.** Durch die Freibeuten einer syndikalistischen Gruppe wurde die gesamte Industrie in Kattowitz in den Streik getrieben. Die Versuche, Gas- und Wasserwerke zu sabotieren, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Verhandlungen der Interalliierten Kommission zur Beilegung des Streiks hatten bisher kein Ergebnis.

**Streik in der schlesischen Metallindustrie.** Seit Dienstag früh befindet sich die Arbeiterchaft der Metallindustrie in Niederschlesien in Stärke von 40 000 Arbeitern im Streik, der seine Ursache in Lohnunterschieden hat. Im Görlitzer Bezirk beläuft sich die Anzahl der streikenden Arbeiter auf 4000.

**Wieder ein polnischer Mordfall.** Das Opfer eines politischen Mordes wurde der 75-jährige Bauer Kupny in Michalkow. Drei maskierte Polen drangen in sein Gehöft ein und töteten ihn durch Revolver-schüsse. Der Ermordete war wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung bereits mehrfach verfolgt worden.

**Preisrück der Fleischpreise in Anhalt.** In einem gewaltigen Preissturz in Fleisch- und Fleischwaren haben die vom Landesernährungsamt festgesetzten Höchstpreise in Anhalt gesiegt. Der Schweinepreis ging von 16 Mark auf 10 Mark pro Ferkel zurück und der Schweinefleischpreis von 22 auf 16 Mark.

**10 Röhre verbrannt.** Großfeuer entstand in Bornwerf Weitzig, das zum Kammergut Zauderode im Dresden gehört. Dort brannte das zur Schieferer gehörige Stallgebäude nieder, wobei zehn Röhre mit in den Flammen umgekommen sind. Die Entstehungsursache wird auf Selbstentzündung des Düngers zurückgeführt. Der Brandschaden wird auf mehr als ein halbe Million Mark beziffert.

**Leures Flegelbatter.** Aus Oppenheim (Sachsen) wird geschrieben: In einem benachbarten Ort bewohnt ein Bauer seine Bantnoten im Stalle auf, aber nicht verdeckt genug, als daß sie nicht eine Biß gefressen und fünf Hundertmarktscheine gefressen hätte.

**Untergang eines deutschen Zweimastlers.** Ein Albau auf der Höhe von Bindau ging ein im Sturm ledgeschlagener deutscher Zweimastler, der mit Brennholzfeder von Stockholm nach Stettin unterwegs war, unter. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

**Niesenunterschlagungen bei der Draiswagenfahrartenausgabe.** Aus dem hiesigen Hauptbahnhof ist man in den letzten Tagen umfangreichen Unterschlagungen in der Fahrartenausgabe auf die Spur gekommen. Bisher sind 17 Personen in Haft genommen worden. Es soll sich um Betrügereien beim Verkauf von Fahrarten handeln, die unter Ausschaltung der Kontrollapparate abgegeben wurden. Der hiesiger dem Staate zugesagte Schaden soll in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen gehen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

## Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Maritt.  
(3. Fortsetzung)  
„Wider Willen, ganz gegen meinen Willen, Herrmeister!“ fuhr Siebert grimmig auf, inde mer sich erhob und hastig seine Sachen zusammenpackte. „Gut einer seinen Herrn lieb gehabt, so bin ich's gewesen; ich war' für ihn durchs Feuer gelaufen in der Zeit, wo er noch gut und streng war. Aber nachher wurde er der Gräfin ihr Narr, er spielte und trank mit dem Baron Fleury und dergleichen Weltlichter die Nächte durch und machte alle ihre „noblen Nichtsnutzaktionen“ mit



er mißhandelte seine Frau — die Frau, die ihr Herz mit tropfenweise für ihn hingegessen hätte — und da kam mir der Grimm, ich hab' ihn gehaßt und verachtet, und es war sein und mein Glück, daß er mich vor sich hatte. Ja, ja, da heißt's: „Er ist auf dem Felde der Ehre gestorben.“ Das klingt gar gewaltig und schickelt alle Sünden aus; wenn aber einer Bankrott macht und geht in der Verzweiflung sich selbst ans Leben, da ist er verurteilt für alle Zeiten. Herr, es war alles dort und verbüßelt bis auf die elende Parade, das Waldhaus; die Frau Gräfin wollte mit dem Bettler auch nichts mehr zu schaffen haben, und da ging der letzte Zweifel nach Schleswig-Vollstein, fürzte sich in den höchsten Kugelregen und ließ sich niederschleifen. Aber das ist derselbe kein Selbstmord — sollte mal einer sich unterziehen, das Ding so zu nennen! Seine abtügen Hände konnten wohl Geld ausgeben, aber recht schaffen arbeiten und das gut machen, was sie gesündigt hatten, das durften sie nicht — dazu waren sie zu vornehm! Er warf den Mantelipfel über die Schulter und griff nach der Laterne.

„Geben Sie nur her!“ sagte er, indem er die Laterne ergriff und auf das Brot in seinem Korbe legte. „Dey Gefallen tu' ich Ihnen schon... Knecken kann ich hoch nichts mehr, und die armen Dinger da sollen nicht umsonst abgeschnitten sein... Will's schon ausrichten, weshalb Sie heute nicht zur „Teegesellschaft“ kommen können. Und nun gute Nacht und gute Besserung für den Herrn Studenten!“

Damit verließ er das Zimmer und trat wieder hinaus in den stürmischen Abend.

**2. Kapitel.**

Er schlug denselben Weg ein wie die Pfarrerin — nach dem Dorfe Neuenfeld, das ungefähr einen Büchsen schuß weit vom Stüttemer lag. Aber der Weg war unterdessen ein sehr mißlicher geworden; der Sturm hatte fußhohe Schneewälle zusammengelegt und quer über die Landstraße geworfen, und der Stodewitzbach füllte die Luft, daß auch nicht eine Spur der Eberwälderbäume zu beiden Seiten der Straße sichtbar war. Neuenfeld, eines jener armseligen Gebirgsdörfer wie der Thüringer Wald genug auf seinem Rücken trägt, lag in lautiester Stille vor ihm; es sah aus, als hätte sich geduldig und willenlos ergeben in die Sturmflutung hingestreckt, um sich nun bis an seine Schenkel bedauern einzukneien und einsargen zu lassen. Am Ende des Dorfes verlief Siebert die Landstraße, die auf der Tafel noch ein Stück fast schnurgerade in die weit Welt hinaus, und betrat, links abbiegend, einen jenen Holzsaßwege, die nach einem aufwehenden Regen so penlos, bei frohbarstem trockenem Wetter aber durch die tiefsten Gasse geradezu Halsbrecherisch werden.

**Meine Nachrichten.**

Wie verlautet, soll für die nächsten Tage die Freigabe von etwa 300 000 Sack Raffee bevorstehen, die den ersten Vorräten besonders für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft stillen würden.

Die Reichstagskonferenz hat sämtliche im Privatbesitz Danziger Flugzeugfirmen befindlichen Flugzeuge wieder für den Verkehr freigegeben.

**Locales.**

Das Fest Weihnachtsleben beginnt. Am Hause des Freuden und das Vorbereiten, auf der Straße vor den Fenstern das Bewundern, alles neu verwickelt, die der Weihnachtsmann ausgestellt hat, und in den Häfen das Einkäufen. Wir haben hier, was wir gebrauchen, wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen. Und wenn in der Ofenschüre die Bratpfel pfeifen, die Großmutter die Märchen erzählt und die Kinder Lieder erklingen, dann merken die Kuben und Wädel, was das deutsche Weihnachtsfest bedeutet.

**Die Bedingungen der Unabhängigen für den Eintritt in die sächsische Regierung.**

Wie der Teleton-Sachdienst als einzige sächsische Korrespondenz am Montag schon mitteilen in der Lage war, stellen die Unabhängigen für ihren Eintritt in das sächsische Kabinett gewisse Bedingungen. Diese lauten: Entschieden die Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und der Warenverkehrs, insbesondere der Vergeßlichkeit der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkräfte. In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Produktion und Verwaltung heranzuziehen. Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr. Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlicher Grundlage zu fördern, Beihilfen an Privatunternehmer sind nicht zu leisten. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbau zu stellen. Nach Schaffung der Mantelgesetzgebung durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Aufhebung der Schule so herbeizuführen, daß jedem beschäftigten Schüler der Aufstieg bis zur höchsten für seine Berufsstellung erforderlichen Bildungsmöglichkeit ist. Weiskennige Durchführung der Gemeindeförderung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung. Schaffung von Einrichtungen zum Schutz gegen konterrevolutionäre Angriffe. Erlass eines Amnestiegesetzes für politische Delikte, Freilassung politischer Gefangener.

Am dieses Minimalprogramm durchsetzen und in der Regierung der Konterrevolution wirksam entgegenarbeiten zu können, stellt die USP die Bedingung, daß sie den entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält. Unter diesen Voraussetzungen ist die USP. Sachens bereit, zur Niederhaltung der Gegenrevolution die Verantwortung in der Regierung und für die Regierungspolitik mit zu übernehmen.

**Letzte Nachrichten.**

Die Verteilung der deutschen Kolonien. Genf, 23. Nov. Wie „Corriere della Sera“ meldet, wurde

die deutsche Note gegen die vom Völkerverbund vorgenommene Verteilung seiner Kolonien auf die nächste Tagesordnung des Völkerverbundes gestellt. Eine Behandlung im Plenum wurde abgelehnt, weil Deutschland nicht zu den zugelassenen Staaten gehört.

**Die Königswahl in Griechenland.**

Basel, 23. Nov. Die „Athena“ meldet: Die Volksabstimmung über die Person des künftigen griechischen Herrschers wird in der ersten Dezemberwoche erfolgen. Die Wahlanten werden als Thronkandidaten außer dem König Konstantin die Prinzen Paul, Christoph und Andreas genannt.

**Deutsche Berksliste der evangelischen Geistlichen im Weltkriege.**

Kriegsgegenwärtige Blätter gefallen sich des öfteren in der Behauptung, die deutschen evangelischen Geistlichen hätten während des Weltkrieges zwar eifrig zum Waffengange gekämpft, selbst aber sich vorzüglich davon zurückgehalten. Die von maßgebender Stelle gemachten Erhebungen, wie viele derselben für das Vaterland gebüßt haben, sind nun zu einem gewissen Abschluß gelangt. Aus Rheinland, Westfalen und Sachsen-Ruberg-Gotha waren Angaben nicht erhältlich. Im übrigen sind von Pfarrern und ordinierten Vikaren gefallen 114, verwundet 129, vermißt 9; von Kandidaten der Theologie gefallen 176, verwundet 353, vermißt 20; insgesamt sind also gefallen 390, verwundet 482, vermißt 29. Außer Betracht gelassen ist bei dieser Liste die gewaltige Zahl von Studierenden der Theologie, die sich mit Leib und Leben für die Rettung der Heimat einsetzten.

**Bermischtes.**

Verbot der Weihnachtslieder. Die städtische Schulbehörde in Reutlingen hat in den Kindergärten wohl die Abhaltung von Weihnachtsfeiern gestattet, aber die Einübung von Weihnachtsliedern verboten.

Der Streik der Nordpolfahrer. Der Polarforscher Kapitän Knudsen, der jetzt durch das Polarmeer auf seinem Schiff „Naud“ mit dem Wadels sich zum Nordpol treiben lassen will, hat, wie er der „Berlingske Tidende“ mitteilt, seine Ausreise von Kopenhagen mit nur drei Mann antreten können. Die anderen Leute der Besatzung hatten eine Summe von 6000 Goldmark mehr im Monat Lohn gefordert und waren, als diese nicht bewilligt wurden, in Streik getreten. Knudsen behält sich daraufhin mit einem weiblichen Eskimo-Roth, der ihm vortreffliche Dienste leistet.

**Fußball-Sport.**

Am Toten Sonntag weite die 2. und 3. Elf, kombiniert beim Turn- und Sportverein Kreutzka, der 1. Mannschaft als Gast. Das Spiel begann nach einiger Verzögerung von Seiten der Kreutzkaer 1/24 Uhr. Bis zur Halbzeit spielte Sportverein Dippoldswalde 1910 mit 5:0. Endergebnis 0:0 für Dippoldswalde. Wegen einbrechender Dunkelheit konnte nur 1 Stunde 5 Minuten gespielt werden.

**Ein Fahrrad**  
zu verkaufen. In erfahren in der Geschäftsstelle.

**Ein Fahrrad**  
zu verkaufen. In erfahren in der Geschäftsstelle.

**Kriegsanleihen, Sparprämienanleihen,**  
Wissen, Hypotheken laßt gegen Pfortige Raße, Barzreditgegendheit Otto Hoff, Bankgeschäft, Chemnitz, Wiesenstraße 24, II. Telefon 8429.  
Verwertung von Kriegsanleihen bis 95% von M. 100.

**Warzen** beseitigt schnell und schmerzlos Dr. Kaselba Warzengraber. In Fab. Drag. 1. Eifenst., Zammajsch; Drög. Herrmann, Schmiedeberg.

**Anhalter Preßtorf,**  
hins geringwertige, sondern helle, hartergebrachte, trockene, bestkräftige Ware, empfiehlt J. Roge, Kohlenhandlung.

**Lachsheringe Bücklinge Sprotten**  
empfiehlt Johannes Hermann, 256 Freiburger Straße.  
Donnerstag ab früh

**Fleisch, Wurst.**  
Freitag und Sonnabend  
Herrn. Schärfe, Rößschlächter, Markt 28. i. Telef. 80.

**Trauerschleifen**  
bedruckt umgehend die Buchdruckerei Carl Jehne in Dippoldswalde

**S. V. D. 1910.**  
Deutsches Mittwochs abends 8 Uhr  
**Generalversammlung**  
in der Hofenstraße.  
Sportgruß! D. W.

**Rafino Reinhardt's Grimma**  
und Umgegend.  
Freitag den 26. November  
**Bersammlung**  
(Anfang 8 Uhr), wozu einladet der Vorstand.

**Panama-Spene,**  
ein vorzügliches Waschmittel für wollene und leibene Artikel. Die Farbe, selbst die garstige, wird nicht angegriffen. Einmalige Fett- und Staubflecken verschwinden spurlos.  
Hermann Bommoght, Drogerie zum Wasanten.

**Speiseleinöl**  
wieder frisch eingetroffen.  
Gertrud Haß.

**2 Decken**  
Dienstag abend zwischen Kreutzka-Strichbach verloren. Gegen sehr gute Bel. abgegeben im Gasthof Lungwitz ober Gasthof Strichbach.

**Turnverein „Frohsinn“ Seifersdorf.**  
Sonntag den 28. November abends 8 Uhr im Gasthof zu Seifersdorf  
**Theater-Abend.**  
„Das demostheische Haupt“ Schauspiel von Robert Benedix.  
Der Reinertrag fließt dem Turnhallenbaufonds zu.  
Programme, Stück 2 M., sind im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Fischer und im Gasthof zu haben.  
Am gütigen Zutritt bittet Turnverein „Frohsinn“, Seifersdorf.

**178. sächs. Landes-Lotterie**  
bringt einen neuen, wesentlich verbesserten Spielplan.  
Ziehung 1. Klasse am 8 und 9. Dezember 1920.  
1/10 Klassenlose zu 7 M. 50 Pf. bei  
**Louis Schmidt, Dippoldswalde.**

**Eis-Club.**  
Sonnabend den 27. November abends 8 Uhr  
**Generalversammlung**  
Gasthof zur Sonne.  
**5000.— Mark**  
Darlehen von Geschäftsmann auf 1/2 Jahr gegen gute Verpfändung gesucht. Mehrfache Sicherheit vorhanden. Off. u. „M. R. 24“ an die Geschäftsstelle erbeten.



**„Peri“**  
eine elektrische  
**Einbruchs-Alarmvorrichtung.**  
Befestigung ohne Aufhängung.  
**Otto Schmidt,**  
Mechaniker,  
Weißerhstraße, neben der Post.

**Herzlichen Dank**  
für die uns zur Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke.  
Hennersdorf, im November 1920.  
**Edmund Müller und Ella Preßig**  
nebst beiderseitigen Eltern

**Gasthof Niederpöbel.**  
Nächsten Sonntag den 28. November 1920  
**Gastkirmes mit feinem Festball.**  
In den gutgeheizten Gastzimmern  
humoristische Vorträge.  
Für zeitgemäße, von hohen Behörden glänzend begutachtete und empfohlene Erfindung (electr. Alarmanlagen) bestmöglichst  
**Provisions-Vertreter**  
(event. selbst Monteur) für Amtshauptmannschaft Dippoldswalde gesucht. Nachweislich höchste Verdienstmöglichkeit. Angebote u. „S. 447“ an W. Hasenpfein & Begler, Dresden.

**Nachruf!**  
Nach 40jähriger Tätigkeit in meinem Hause entschlief am 21. November nach kurzem Leiden mein Monteur  
**Herr Wilhelm Hornuff.**  
Ich fand in dem Verbliebenen einen rastlosen, tüchtigen, fleissigen und treuen Mitarbeiter, der seine ganze Kraft mir und meinem Vorgängern gewidmet hat.  
Ich werde seiner stets in Ehren gedenken.  
**Maschinenfabrik Dippoldswalde**  
vorm. E. Thoring  
Inh. Erich Böhme.